



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 9.1.2015  
COM(2014) 750 final

2014/0359 (NLE)

Vorschlag für einen

**BESCHLUSS DES RATES**

**zur Annahme der Änderung des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979  
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle**

## BEGRÜNDUNG

Das unter der Schirmherrschaft der UN-Wirtschaftskommission für Europa (UNECE) geschlossene Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung („LRTAP-Übereinkommen“) ist der wichtigste internationale Rechtsrahmen für Zusammenarbeit und Maßnahmen zur Begrenzung, schrittweisen Verringerung und Vermeidung der Luftverschmutzung und ihrer schädlichen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt in der UNECE-Region, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der weiträumigen grenzüberschreitenden Luftverunreinigung liegt.

Das LRTAP-Übereinkommen wurde am 14. November 1979 im Namen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterzeichnet und mit dem Beschluss 81/462/EWG des Rates<sup>1</sup> vom 11. Juni 1981 genehmigt.

Bisher wurde das LRTAP-Übereinkommen acht Protokolle ergänzt, darunter auch das Aarhus-Protokoll von 1998 über Schwermetalle („Protokoll“). Ziel dieses Protokolls ist die Verringerung und Überwachung anthropogener Emissionen von Blei (Pb), Cadmium (Cd) und Quecksilber (Hg) in die Luft, gefährlicher Schwermetalle also, bei denen mit weiträumigem grenzüberschreitendem atmosphärischem Transport zu rechnen ist und vor denen die menschliche Gesundheit und die Umwelt besser geschützt werden müssen. Entsprechend sind die Vertragsparteien verpflichtet, ihre jährlichen Gesamtemissionen von Blei, Cadmium und Quecksilber unter die Werte von 1990 (oder einem alternativen Jahr zwischen 1985 und 1995) zu senken. Das Protokoll verpflichtet die Vertragsparteien, auf vorgegebene Kategorien von Emissionsquellen die besten verfügbaren Techniken (BVT) anzuwenden und Emissionsgrenzwerte für bestimmte größere ortsfeste Quellen, einschließlich Großfeuerungsanlagen und Abfallverbrennungsanlagen, festzusetzen. Die Vertragsparteien müssen Emissionsverzeichnisse für Blei, Cadmium und Quecksilber erstellen und unterhalten, verbleites Benzin nach und nach abschaffen und die Quecksilberkonzentration in Alkalibatterien verringern. Die Vertragsparteien werden auch aufgefordert, Produktmanagementmaßnahmen für andere quecksilberhaltige Produkte, einschließlich Messgeräte, durchzuführen.

Mit dem Beschluss 2001/379/EG des Rates<sup>2</sup> vom 4. April 2001 wurde der Beitritt der Gemeinschaft zum Protokoll im Namen der Gemeinschaft genehmigt. Das Protokoll, das am 29. Dezember 2003 in Kraft getreten ist, wurde mittels verschiedener Instrumente in EU-Recht umgesetzt<sup>3</sup>. Hinsichtlich der Überwachung der Luftqualität umfassen diese Instrumente u. a. die Richtlinie 2004/107/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 über Arsen, Kadmium, Quecksilber, Nickel und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in der Luft<sup>4</sup>. Der Verpflichtung, auf die Quellenkategorien gemäß Anhang II die besten verfügbaren Techniken sowie Emissionsgrenzwerte gemäß Anhang V des Protokolls anzuwenden, wird neben anderen relevanten EU-Vorschriften vor allem mit der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen<sup>5</sup> nachgekommen. Produktnormen für Blei und Quecksilber gemäß Anhang VI des Protokolls sind in EU-Vorschriften wie u. a. der Richtlinie 98/70/EG

---

<sup>1</sup> ABl. L 171 vom 27.6.1981, S. 11.

<sup>2</sup> ABl. L 134 vom 17.5.2001, S. 40.

<sup>3</sup> Die letzte noch offene technische Frage - die Berichterstattung über Cd-, Pb- und Hg-Emissionen - wird durch den Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über nationale Emissionsreduktionsverpflichtungen für bestimmte Luftschadstoffe und zur Änderung der Richtlinie 2003/35/EG (COM(2013) 920) geregelt.

<sup>4</sup> ABl. L 23 vom 26.1.2005, S. 3.

<sup>5</sup> ABl. L 334 vom 17.12.2010, S. 17.

des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1998 über die Qualität von Otto- und Dieselmotoren und zur Änderung der Richtlinie 93/12/EWG des Rates<sup>6</sup> und der Richtlinie 2006/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Alttakkumulatoren und zur Aufhebung der Richtlinie 91/157/EWG<sup>7</sup> verankert. Produktmanagementmaßnahmen gemäß Anhang VII des Protokolls sind u. a. Gegenstand der Verordnung (EU) Nr. 1103/2010 der Kommission vom 29. November 2010 zur Festlegung – gemäß der Richtlinie 2006/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates – von Vorschriften für die Angabe der Kapazität auf sekundären (wiederaufladbaren) Gerätebatterien und -akkumulatoren sowie auf Fahrzeugbatterien und -akkumulatoren<sup>8</sup>, der Richtlinie 2002/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 2003 zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten<sup>9</sup>, der Richtlinie 2002/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 2003 über Elektro- und Elektronik-Altgeräte<sup>10</sup> und der Richtlinie 2007/51/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. September 2007 zur Änderung der Richtlinie 76/769/EWG des Rates hinsichtlich der Beschränkung des Inverkehrbringens bestimmter quecksilberhaltiger Messinstrumente<sup>11</sup>, die zwischenzeitlich durch Eintrag 18a in Anhang XVII der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 (REACH)<sup>12</sup> aufgehoben wurde.

Gemäß Artikel 10 Absatz 3 des Protokolls haben die Vertragsparteien überprüft, ob die im Protokoll festgelegten Verpflichtungen ausreichend und wirksam sind. Insbesondere unter Berücksichtigung der Vorschläge der Europäischen Union haben die Parteien sodann in den Jahren 2009<sup>13</sup> und 2010<sup>14</sup> beschlossen, Verhandlungen zur Überarbeitung des Wortlauts und der Anhänge des Protokolls aufzunehmen. Diese Überarbeitung sollte insbesondere für Nicht-Vertragsparteien den Zugang zu einem geänderten Protokoll vereinfachen, um die Anpassung des Protokolls an künftige Entwicklungen bei den BVT zu erleichtern. Entsprechend wurde die Kommission am 26. Juli 2010<sup>15</sup> sowie am 11. April 2011<sup>16</sup> vom Rat der Europäischen Union ermächtigt, im Namen der Europäischen Union (EU) an den Verhandlungen teilzunehmen.

---

<sup>6</sup> ABl. L 350 vom 28.12.1998, S. 58.

<sup>7</sup> ABl. L 266 vom 26.9.2006, S. 1.

<sup>8</sup> ABl. L 313 vom 30.11.2010, S. 3.

<sup>9</sup> ABl. L 37 vom 13.2.2003, S. 19.

<sup>10</sup> ABl. L 37 vom 13.2.2003, S. 24.

<sup>11</sup> ABl. L 257 vom 3.10.2007, S. 13.

<sup>12</sup> Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Agentur für chemische Stoffe, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission, ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1.

<sup>13</sup> Bericht des Exekutivorgans über seine 27. Tagung von Dezember 2009, ECE/EB.AIR/99/add.2, 10. Mai 2010.

<sup>14</sup> Bericht des Exekutivorgans über seine 28. Tagung von Dezember 2010, ECE/EB.AIR/106/add.2, 24. Februar 2011.

<sup>15</sup> Beschluss des Rates vom 26. Juli 2010 über die Teilnahme der Europäischen Union an den Verhandlungen über Änderungen des Protokolls von 1998 zum Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle (nicht veröffentlicht).

<sup>16</sup> Beschluss des Rates vom 11. April 2010 zur Änderung des Beschlusses des Rates vom 26. Juli 2010 über die Teilnahme der Europäischen Union an den Verhandlungen über Änderungen des Protokolls von 1998 zum Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle (nicht veröffentlicht).

Der Verhandlungsprozess führte zur einvernehmlichen Annahme der Beschlüsse 2012/5 und 2012/6 zur Änderung des Wortlauts bzw. und der Anhänge II bis VI des Protokolls<sup>17</sup> sowie des Beschlusses 2012/7 über die Erstellung eines BVT-Leitfadens<sup>18</sup> durch die auf der 31. Tagung des Exekutivorgans des LRTAP-Übereinkommens anwesenden Vertragsparteien.

Der Beschluss 2012/6, mit dem Anhang III des Protokolls betreffend die besten verfügbaren Techniken zur Begrenzung der Emissionen von Schwermetallen und ihren Verbindungen aus den in Anhang II aufgeführten Kategorien von Quellen geändert wird, erfordert keine Ratifikation durch die Vertragsparteien. Diese Änderung wurde gemäß Artikel 13 Absatz 4 des Protokolls am 11. Oktober 2013 an alle Vertragsparteien des Protokolls weitergeleitet und ist am 9. Januar 2014 in Kraft getreten. Gleichmaßen braucht auch der Beschluss 2012/7 als Leitfaden nicht von den Parteien ratifiziert zu werden.

Gemäß Artikel 13 Absatz 3 des Protokolls muss der Beschluss 2012/5, mit dem der Wortlaut des Protokolls und seiner Anhänge II, IV, V und VI geändert wird, von den Vertragsparteien ratifiziert werden. Das geänderte Protokoll sieht insbesondere strengere Emissionsgrenzwerte für Staubemissionen aus bestimmten größeren ortsfesten Quellen sowie flexible Übergangsregelungen vor, die denjenigen Vertragsparteien zugute kommen werden, die dem geänderten Protokoll zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 31. Dezember 2019 beitreten.

Die Änderung des Protokolls wird durch das geltende EU-Recht weitgehend abgedeckt, so insbesondere durch die geltenden Vorschriften für die Überwachung von Emissionsquellen, darunter die vorgenannte Richtlinie 2010/75/EU und die gemäß dieser Richtlinie erlassenen Durchführungsbeschlüsse der Kommission, in denen die gültigen BVT-Schlussfolgerungen für diverse Wirtschaftssektoren wie die Glasherstellung<sup>19</sup> und die Eisen- und Stahlerzeugung<sup>20</sup>, die Zement-, Kalk- und Magnesiumoxidindustrie<sup>21</sup> und den Sektor Chloralkali<sup>22</sup> festgeschrieben sind. Mit der Annahme der Durchführungsbeschlüsse der Kommission im Rahmen der Richtlinie 2010/75/EU betreffend die Wirtschaftssektoren Nichteisenmetalle, Schmieden und Gießereien kommt die EU ihren Verpflichtungen aus der Änderung des Protokolls vollständig nach. Diese Änderung wird insbesondere über eine neue Richtlinie weiter umgesetzt, in der die aktuellen nationalen Emissionsobergrenzen für bestimmte Luftschadstoffe sowie nationale jährliche Emissionsinventare vorgesehen sind, die auch Blei-, Cadmium- und Quecksilberemissionen betreffen<sup>23</sup>.

---

<sup>17</sup> Beschlüsse 2012/5 und 2012/6, 31. Tagung des Exekutivorgans des LRTAP-Übereinkommens vom 14.-18. Dezember 2012, ECE/EB.AIR/113/Add.1.

<sup>18</sup> Beschluss 2012/7, 31. Tagung des Exekutivorgans des LRTAP-Übereinkommens vom 14.-18. Dezember 2012, ECE/EB.AIR/113/Add.1.

<sup>19</sup> Durchführungsbeschluss 2012/134/EU der Kommission vom 28. Februar 2012 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Glasherstellung, ABl. L 70, 8.3.2012, p. 1.

<sup>20</sup> Durchführungsbeschluss 2012/135/EU der Kommission vom 28. Februar 2012 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die in Bezug auf die Eisen- und Stahlerzeugung, ABl. L 70, 8.3.2012, p. 63.

<sup>21</sup> Durchführungsbeschluss 2013/163/EU der Kommission vom 26. März 2013 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die Herstellung von Zement, Kalk und Magnesiumoxid, ABl. L 100, 9.4.2013, p. 1.

<sup>22</sup> Durchführungsbeschluss 2013/732/EU der Kommission vom 9. Dezember 2013 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen in Bezug auf die in Bezug auf die Chloralkaliindustrie, ABl. L 332, 11.12.2012, p. 34.

<sup>23</sup> *Supra* Nr. 3.

In Anbetracht dieser Argumente sollte die Europäische Union die Änderung des Protokolls genehmigen.

Der Anhang dieses Beschlusses enthält den Änderungstext des Protokolls gemäß Beschluss 2012/5.

Vorschlag für einen

## BESCHLUSS DES RATES

**zur Annahme der Änderung des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 192 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 6 Buchstabe a,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zustimmung des Europäischen Parlaments,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Europäische Union ist Vertragspartei des UN-ECE-Übereinkommens über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung seit dessen Genehmigung im Jahr 1981<sup>24</sup>.
- (2) Die Europäische Union ist Vertragspartei des Protokolls von 1998 zum Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle seit dessen Genehmigung am 4. April 2001<sup>25</sup>.
- (3) Die Vertragsparteien des Protokolls zum Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle haben 2009 Verhandlungen aufgenommen, deren Mandat 2010 erweitert wurde, um den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt weiter zu verbessern, auch durch Aktualisierung von Emissionsgrenzwerten zur Bekämpfung von Luftschadstoffemissionen an der Quelle.
- (4) Die auf der 31. Tagung des Exekutivorgans des UN-ECE-Übereinkommens über die weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung anwesenden Vertragsparteien haben einvernehmlich die Beschlüsse 2012/5 und 2012/6 zur Änderung des Protokolls zu dem Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle angenommen.
- (5) Der Beschluss 2012/6 ist auf der Grundlage des in Artikel 13 Absatz 4 des Protokolls vorgesehenen beschleunigten Verfahrens in Kraft getreten und wirksam geworden.
- (6) Der Beschluss 2012/5 muss von den Vertragsparteien des Protokolls gemäß Artikel 13 Absatz 3 des Protokolls ratifiziert werden.
- (7) Die Änderung des Protokolls zum Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle sollte daher im Namen der Europäischen Union genehmigt werden –

<sup>24</sup> ABl. L 171 vom 27.6.1981, S. 11.

<sup>25</sup> ABl. L 134 vom 17.5.2001, S. 40.

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die Änderung des Protokolls zum Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle wird im Namen der Europäischen Union genehmigt.

Der Wortlaut der Änderung des Protokolls ist diesem Beschluss beigelegt.

*Artikel 2*

Der Präsident des Rates bestellt die Person, die befugt ist, die Hinterlegung der Annahmeerkunde nach Artikel 13 Absatz 3 des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle im Namen der Europäischen Union vorzunehmen, um der Zustimmung der Europäischen Union zur Bindung durch dieses Protokoll in geänderter Fassung Ausdruck zu verleihen.

*Artikel 3*

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am [...]

*Im Namen des Rates  
Der Präsident/Die Präsidentin*



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 9.1.2015  
COM(2014) 750 final

ANNEX 1

## **ANHANG**

**zu dem**

**Vorschlag für einen**

**Beschluss des Rates**

**zur Annahme der Änderung des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle**



**ANHANG**  
**zu dem**  
**Vorschlag für einen**  
**Beschluss des Rates**

**zur Annahme der Änderung des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle**

**Beschluss 2012/5<sup>1</sup>**

**Änderung des Wortlauts des Protokolls von 1998 betreffend Schwermetalle und seiner Anhänge, ausgenommen die Anhänge III und VII**

**Artikel 1**  
**Änderung**

*Die auf der 31. Tagung des Exekutivorgans anwesenden Vertragsparteien des Protokolls von 1998 betreffend Schwermetalle*

*beschließen, das Protokoll von 1998 zum Übereinkommen über die weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle gemäß dem Anhang des vorliegenden Beschlusses zu ändern.*

**Artikel 2**  
**Beziehung zum Protokoll**

Weder ein Staat noch eine Organisation für regionale Wirtschaftsintegration darf eine Annahmeerkunde zu dieser Änderung hinterlegen, es sei denn, der Staat oder die Organisation hat zuvor oder gleichzeitig eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zum Protokoll hinterlegt.

**Artikel 3**  
**Inkrafttreten**

Gemäß Artikel 13 Absatz 3 des Protokolls tritt diese Änderung am neunzigsten Tag nach dem Datum, an dem zwei Drittel der Vertragsparteien des Protokolls ihre Annahmeerkunden beim Verwahrer hinterlegt haben, in Kraft.

**Anhang**  
**Änderungen des Protokolls von 1998 betreffend Schwermetalle**

**a) Artikel 1**

1. Unter Nummer 10 werden die Worte „i) dieses Protokolls oder ii) einer Änderung des Anhangs I oder II begonnen wurde, wobei die ortsfeste Quelle erst aufgrund dieser Änderung unter dieses Protokoll fällt“ ersetzt durch die Worte „für eine Partei des vorliegenden Protokolls begonnen wurde. Eine Vertragspartei kann beschließen, eine ortsfeste Quelle, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Protokolls für diese Vertragspartei bereits von den zuständigen nationalen Behörden genehmigt wurde, nicht als neue ortsfeste Quelle zu betrachten, vorausgesetzt, mit dem Bau oder der wesentlichen Veränderung wird innerhalb von fünf Jahren ab diesem Zeitpunkt begonnen.“

---

<sup>1</sup> ECE/EB.AIR/113/Add.1

2. Nach Nummer 11 wird eine neue Nummer 12 hinzugefügt:

„12. „dieses Protokoll“, „das Protokoll“ bzw. „das vorliegende Protokoll“ das Protokoll von 1998 betreffend Schwermetalle in seiner jeweils geltenden Fassung.“

### b) Artikel 3

3. In Absatz 2 werden die Worte „Jede Vertragspartei wendet“ durch die Worte „Vorbehaltlich der Absätze 2a und 2b wendet jede Vertragspartei“ ersetzt.

4. In Absatz 2 Buchstabe a werden die Worte „für die Anhang III beste verfügbare Techniken ausweist“ durch die Worte „für die in Leitlinien, die die Vertragsparteien auf einer Tagung des Exekutivorgans angenommen haben, beste verfügbare Techniken ausgewiesen sind“ ersetzt.

5. In Absatz 2 Buchstabe c werden die Worte „für die Anhang III beste verfügbare Techniken ausweist“ durch die Worte „für die in Leitlinien, die die Vertragsparteien auf einer Tagung des Exekutivorgans angenommen haben, beste verfügbare Techniken ausgewiesen sind“ ersetzt.

6. Nach Absatz 2 werden die folgenden neuen Absätze 2a und 2b werden eingefügt:

„(2a) Jede Vertragspartei, die bereits vor dem Inkrafttreten einer Änderung, mit der neue Quellenkategorien eingeführt werden, Vertragspartei des vorliegenden Protokolls war, kann die für eine „bestehende ortsfeste Quelle“ geltenden Grenzwerte auf jede Quelle innerhalb einer solchen neuen Kategorie, mit deren Bau oder wesentlichen Veränderung vor Ablauf von zwei Jahren nach dem Tag des Inkrafttretens dieser Änderung für diese Vertragspartei begonnen wird, anwenden, es sei denn, diese Quelle wird zu einem späteren Zeitpunkt einer wesentlichen Veränderung unterzogen; in diesem Fall läuft diese Regelung an diesem Zeitpunkt ab.

2c. Jede Vertragspartei, die bereits vor dem Inkrafttreten einer Änderung, mit der neue Grenzwerte für eine „neue ortsfeste Quelle“ eingeführt werden, Vertragspartei des vorliegenden Protokolls war, kann die bis dahin geltenden Grenzwerte auf jede Quelle, mit deren Bau oder wesentlichen Modifikation vor Ablauf von zwei Jahren nach dem Tag des Inkrafttretens dieser Änderung für diese Vertragspartei begonnen wird, anwenden, es sei denn, diese Quelle wird zu einem späteren Zeitpunkt einer wesentlichen Veränderung unterzogen; in diesem Fall läuft diese Regelung an diesem Zeitpunkt ab.“

7. In Absatz 5

a) werden die Worte „ ..., wobei für die Vertragsparteien im geographischen Anwendungsbereich des EMEP als Minimum die vom Lenkungsorgan des EMEP festgelegten Methoden zur Anwendung kommen und für die Vertragsparteien außerhalb des geographischen Anwendungsbereichs des EMEP als Richtschnur die im Arbeitsplan des Exekutivorgans entwickelten Methoden dienen“ gestrichen und durch einen Punkt „.“ ersetzt.

b) wird nach dem ersten Satz der folgende Text angefügt:

„Vertragsparteien im geografischen Anwendungsbereich des EMEP wenden die Methoden an, die in den vom Lenkungsorgan des EMEP erarbeiteten und von den Vertragsparteien auf einer Tagung des Exekutivorgans angenommenen Leitlinien festgelegt sind. Vertragsparteien außerhalb des geografischen Anwendungsbereichs

des EMEP wenden als Leitlinien die im Rahmen des Arbeitsplans des Exekutivorgans entwickelten Methoden an.“

8. Am Ende von Artikel 3 wird ein neuer Absatz 8 angefügt:

„8. Jede Vertragspartei sollte aktiv an Programmen im Rahmen des Übereinkommens über die Auswirkungen der Luftverunreinigung auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt sowie an Programmen zur Überwachung und Modellierung der Atmosphäre mitwirken.“

### c) Artikel 3a

9. Es wird ein neuer Artikel 3a eingefügt:

#### **„Artikel 3a Flexible Übergangsvorkehrungen**

1. Unbeschadet von Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben c) und d) kann eine Vertragspartei des Übereinkommens, die zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 31. Dezember 2019 Vertragspartei des vorliegenden Protokolls wird, unter den in diesem Artikel festgelegten Bedingungen für die Umsetzung der besten verfügbaren Techniken und der Grenzwerte für bestehende ortsfeste Quellen bestimmter Quellenkategorien flexible Übergangsvorkehrungen treffen.

2. Jede Vertragspartei, die beschließt, flexible Übergangsvorkehrungen gemäß diesem Artikel zu treffen, gibt in ihrer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zum vorliegenden Protokoll Folgendes an:

a) Die in Anhang II aufgelisteten spezifischen Kategorien ortsfester Quellen, für die die Vertragspartei beschließt, flexible Übergangsvorkehrungen zu treffen, vorausgesetzt, es dürfen nicht mehr als vier derartige Kategorien aufgelistet werden;

b) ortsfeste Quellen, mit deren Bau oder letzter wesentlicher Veränderung vor 1990 oder einem von einer Vertragspartei zum Zeitpunkt der Ratifikation, der Annahme, der Genehmigung oder des Beitritts festgelegten alternativen Jahr zwischen 1985 und einschließlich 1995 begonnen wurde und die für flexible Übergangsvorkehrungen gemäß Absatz 5 in Frage kommen; und

c) einen Umsetzungsplan in Einklang mit den Absätzen 3 und 4, einschließlich eines Zeitplans für die vollständige Umsetzung der darin vorgesehenen Maßnahmen.

3. Eine Vertragspartei setzt die die besten verfügbaren Techniken für bestehende ortsfeste Quellen der in Anhang II genannten Kategorien 1, 2, 5 und 7 als Mindestmaßnahme spätestens acht Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Protokolls für die betreffende Partei um, oder spätestens am 31. Dezember 2022, je nachdem, welcher Termin früher eintritt, außer in Fällen gemäß Absatz 5.

4. In keinem Fall darf die Umsetzung der besten verfügbaren Techniken oder der Grenzwerte für bestehende ortsfeste Quellen von einer Vertragspartei über den 31. Dezember 2030 hinausgezögert werden.

5. Für jede der Quellen gemäß Absatz 2 Buchstabe b kann eine Vertragspartei spätestens acht Jahre nach dem Inkrafttreten des vorliegenden Protokolls für die Partei

oder bis spätestens 31. Dezember 2022, je nach dem, welcher Termin früher eintritt, beschließen, diese Quelle(n) zu schließen. Eine Liste derartiger Quellen wird im Rahmen des nächsten Berichts der Vertragspartei gemäß Absatz 6 mitgeteilt. Die Auflagen für die Anwendung der besten verfügbaren Techniken und der Grenzwerte gelten für (eine) derartige Quelle(n) nicht, sofern sie spätestens am 31. Dezember 2030 geschlossen wird/werden. Ist/sind (eine) derartige Quellen(n) nach diesem Datum nicht geschlossen, so muss die betreffende Vertragspartei die für neue Quellen in der betreffenden Quellenkategorie geltenden besten verfügbaren Techniken und Grenzwerte anwenden.

6. Eine Vertragspartei, die nach Maßgabe dieses Artikels beschließt, flexible Übergangsvorkehrungen zu treffen, übermittelt dem Exekutivsekretär der Kommission alle drei Jahre einen Bericht über ihre Fortschritte bei der Anwendung der besten verfügbaren Techniken und der Grenzwerte auf

die ortsfesten Quellen in den gemäß diesem Artikel ermittelten Kategorien ortsfester Quellen. Der Exekutivsekretär der Kommission hält diese dreijährlichen Berichte dem Exekutivorgan zur Verfügung.“

#### **d) Artikel 7**

10. In Absatz 1 Buchstabe a)

a) wird das Semikolon am Ende des Buchstabens durch einen Punkt und die Worte „Darüber hinaus gilt Folgendes:“ ersetzt

und

b) es werden die folgenden neuen Ziffern i) und ii) angefügt:

„i) Wendet eine Vertragspartei gemäß Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben b) c) oder d) andere Strategien zur Emissionsminderung an, so weist sie die angewandten Strategien und die Erfüllung der Anforderungen dieser Buchstaben dokumentarisch nach;

ii) hält eine Vertragspartei die Anwendung bestimmter Grenzwerte nach Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe d) für technisch und wirtschaftlich nicht machbar, so erstattet sie unter Angabe von Gründen entsprechend Bericht;“

11. Absatz 1 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„b) übermittelt jede Vertragspartei im geografischen Anwendungsbereich des EMEP diesem über den Exekutivsekretär der Kommission Informationen über den Umfang der Emissionen der in Anhang I aufgeführten Schwermetalle und hält sich dabei an die Methoden, die in den vom Lenkungsorgan des EMEP ausgearbeiteten und von den Vertragsparteien auf einer Tagung des Exekutivorgans angenommenen Leitlinien vorgesehen sind. Vertragsparteien außerhalb des geografischen Anwendungsbereichs des EMEP teilen verfügbare Informationen über den Umfang der Emissionen der in Anhang I aufgeführten Schwermetalle mit. Jede Vertragspartei legt auch Informationen über den Umfang der Emissionen der in Anhang I genannten Stoffe für das in diesem Anhang genannte Bezugsjahr vor;“

12. Nach Absatz 1 Buchstabe b werden die folgenden neuen Buchstaben angefügt:

„c) übermittelt jede Vertragspartei im geografischen Anwendungsbereich des EMEP dem Exekutivorgan über den Exekutivsekretär der Kommission verfügbare Informationen über ihre im Rahmen des Übereinkommens durchgeführten Programme zur Ermittlung der Auswirkungen der Luftverunreinigung auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt und Programme zur Überwachung und Modellierung der Atmosphäre und hält sich dabei an die vom Exekutivorgan angenommenen Leitlinien;

d) stellen Vertragsparteien außerhalb des geografischen Anwendungsbereichs des EMEP den Informationen gemäß Buchstabe c) ähnliche Informationen zur Verfügung, wenn das Exekutivorgan dies verlangt.“

13. In Absatz 3

a) werden die Worte „Rechtzeitig vor jeder Jahrestagung“ durch die Worte „Auf Verlangen und innerhalb der zeitlichen Vorgaben“ ersetzt;

b) werden die Worte „legt das EMEP“ durch die Worte „legen das EMEP und andere eingesetzte Nebenorgane“ ersetzt;

c) wird vor dem Wort „Informationen“ das Wort „relevante“ eingefügt.

#### **e) Artikel 8**

14. Die Worte „Das EMEP stellt dem Exekutivorgan unter Verwendung geeigneter Modelle und Messungen und rechtzeitig vor jeder Jahrestagung des Exekutivorgans“ werden durch die Worte „Das EMEP und seine technischen Stellen und Zentren stellen dem Exekutivorgan auf dessen Verlangen und innerhalb dessen zeitlicher Vorgaben sowie unter Verwendung geeigneter Modelle und Messungen“ ersetzt.

#### **f) Artikel 10**

15. In Absatz 4

a) wird das Wort „erstellen“ durch das Wort „erwägen“ ersetzt;

b) werden die Worte „einen Arbeitsplan“ durch die Worte „die Erstellung eines Arbeitsplans“ ersetzt;

c) werden die Worte „zur Verringerung der Emissionen der in Anhang I aufgeführten Schwermetalle in die Atmosphäre“ gestrichen.

#### **g) Artikel 13**

16. In Absatz 3

a) werden die Worte „und der Anhänge I, II, IV, V und VI“ durch die Worte „ausgenommen der Anhänge III und VII,“ ersetzt;

b) werden die Worte „zu dem zwei Drittel der Vertragsparteien“ durch die Worte „zu dem zwei Drittel der Vertragsparteien, die zum Zeitpunkt der Annahme der Änderungen Vertragsparteien waren,“ ersetzt.

17. In Absatz 4 wird die Zahl „neunzig“ durch die Zahl „180“ ersetzt.

18. In Absatz 5 wird die Zahl „neunzig“ durch die Zahl „180“ ersetzt.

19. Nach Absatz 5 werden die folgenden Absätze 5a und 5b eingefügt:

„5a Für die Vertragsparteien, die die Änderung angenommen haben, ersetzt das Verfahren gemäß Absatz 5b das Verfahren gemäß Absatz 3 im Falle von Änderungen der Anhänge II, IV, V und VI.

5b Änderungen der Anhänge II, IV, V und VI werden von den auf einer Tagung des Exekutivorgans anwesenden Vertragsparteien einvernehmlich angenommen. Eine Änderung eines dieser Anhänge tritt nach Ablauf eines Jahres ab dem Datum ihrer Weiterleitung durch den Exekutivsekretär der Kommission an die Vertragsparteien für diejenigen Vertragsparteien in Kraft, die dem Verwahrer keine Notifikation gemäß Buchstabe a vorgelegt haben:

a) Vertragsparteien, die eine Änderung der Anhänge II, IV, V und VI nicht genehmigen können, notifizieren dies dem Verwahrer schriftlich innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt der Mitteilung ihrer Annahme. Der Verwahrer setzt alle Vertragsparteien unverzüglich über jede dieser eingegangenen Notifikationen in Kenntnis. Eine Vertragspartei kann jederzeit ihre frühere Notifikation durch eine Annahme ersetzen; mit Hinterlegung einer Annahmeerkunde beim Verwahrer wird die Änderung des betreffenden Anhangs für diese Vertragspartei wirksam;

b) Änderungen der Anhänge II, IV, V und VI treten nicht in Kraft, wenn mindestens sechzehn Vertragsparteien

i) eine Notifikation gemäß Buchstabe a eingereicht haben oder

ii) das in diesem Absatz vorgesehene Verfahren nicht angenommen und noch keine Annahmeerkunde gemäß Absatz 3 hinterlegt haben.“

#### **h) Artikel 15**

20. Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„3. Die Staaten oder Organisationen für regionale Wirtschaftsintegration geben in ihrer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde eine entsprechende Erklärung ab, falls sie beabsichtigen, die Verfahren gemäß Artikel 13 Absatz 5b in Bezug auf die Änderungen der Anhänge II, IV, V und VI abzulehnen.“

#### **i) Anhang II**

21. In der Tabelle gemäß Abschnitt II werden in der ersten Zeile der Beschreibung von Kategorie 5 die Worte „Blei und Zink“ durch die Worte „Blei, Zink und Ferro-Silizium-Manganlegierungen“ ersetzt.

#### **j) Anhang IV**

22. Dem Absatz 1 wird die Nummer „1.“ vorangestellt.

23. Unter Buchstabe a) werden nach dem Wort „Protokolls“ die Worte „für eine Vertragspartei“ hinzugefügt.

24. Unter Buchstabe b)

a) wird im ersten Satz die Zahl „acht“ durch die Zahl „zwei“ ersetzt;

b) werden nach dem Wort „Protokolls“ am Ende des ersten Satzes die Worte „für eine Vertragspartei oder am 31. Dezember 2020, je nachdem, welcher Zeitpunkt später eintritt“ eingefügt;

c) wird der letzte Satz gestrichen.

25. Am Ende des Anhangs werden die beiden folgenden Absätze 2 und 3 angefügt:

„2. Unbeschadet des Absatzes 1, jedoch vorbehaltlich von Absatz 3, kann eine Vertragspartei des Übereinkommens, die zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 31. Dezember 2019 Vertragspartei des vorliegenden Protokolls wird, zum Zeitpunkt der Ratifikation, der Annahme, der Genehmigung oder des Beitritts zum Protokoll erklären, dass sie die Fristen für die Anwendung der in Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe d) aufgeführten Grenzwerte bis zu 15 Jahren nach dem Tag des Inkrafttretens des Protokolls für die betreffende Vertragspartei verlängert.

3. Fasst eine Vertragspartei in Bezug auf eine bestimmte Kategorie ortsfester Quellen einen Beschluss gemäß Artikel 3a des vorliegenden Protokolls, so kann sie nicht zugleich eine Erklärung nach dem für dieselbe Quellenkategorie geltenden Absatz 2 abgeben.“

## k) Anhang V

26. Anhang V erhält folgende Fassung:

### **„Anhang V**

#### **Grenzwerte für die Begrenzung von Emissionen aus größeren ortsfesten Quellen**

1. Für die Bekämpfung von Schwermetallemissionen sind zwei Arten von Grenzwerten von Belang:

a) Werte für spezifische Schwermetalle oder Kategorien von Schwermetallen und

b) Werte für Partikelemissionen im Allgemeinen.

2. Prinzipiell können Grenzwerte für Partikel nicht die spezifischen Grenzwerte für Cadmium, Blei und Quecksilber ersetzen, weil die Menge der mit Partikelemissionen assoziierten Metalle je nach Verfahren unterschiedlich ausfällt. Die Einhaltung dieser Grenzwerte trägt jedoch erheblich zur Reduzierung der Schwermetallemissionen im Allgemeinen bei. Zudem ist die Überwachung von Partikelemissionen in aller Regel preiswerter als die Überwachung einzelner Schadstoffe, und eine kontinuierliche Überwachung der einzelnen Schwermetalle ist im Allgemeinen nicht realisierbar. Daher sind die Grenzwerte für Partikel von großer praktischer Bedeutung und werden in diesem Anhang in den meisten Fällen auch als Ergänzung für spezifische Grenzwerte für Cadmium, Blei oder Quecksilber angegeben.

3. Abschnitt A gilt für alle Vertragsparteien mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Amerika. Abschnitt B gilt für die Vereinigten Staaten von Amerika.

#### **A. Vertragsparteien mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Amerika**

4. Allein in diesem Abschnitt bedeutet „Staub“ die Masse der Partikel beliebiger Form, Struktur oder Dichte, die unter den Bedingungen der Probenahmestellen in der Gasphase dispergiert sind, unter bestimmten Bedingungen nach repräsentativer Probenahme des zu analysierenden Gases durch Filtration abgeschieden werden können und nach dem Trocknungsprozess unter bestimmten Bedingungen oberhalb des Filters und auf dem Filter verbleiben.

5. Für die Zwecke dieses Abschnitts bedeutet „Emissionsgrenzwert“ (EGW) die Menge an Staub und bestimmten, unter dieses Protokoll fallenden Schwermetallen in den Abgasen einer Anlage, die nicht überschritten werden darf. Sofern nicht anders angegeben, wird er als Schadstoffmasse pro Abgasvolumen (in mg/m<sup>3</sup>), bezogen auf Standardbedingungen für Temperatur und Druck von Trockengas (Volumen bei 273,15 K, 101,3 kPa), ausgedrückt. Für den Sauerstoffgehalt im Abgas gelten die für ausgewählte Kategorien größerer ortsfester Quellen angegebenen Werte. Ein Verdünnen der Abgase zur Verringerung der Schadstoffkonzentrationen ist nicht zulässig. Das An- und Abfahren und die Wartung von Anlagen sind ausgenommen.

6. Die Emissionen sind in allen Fällen durch Messungen oder Berechnungen, die mindestens die gleiche Genauigkeit erreichen, zu überwachen. Die Einhaltung der Grenzwerte ist durch kontinuierliche oder diskontinuierliche Messungen oder nach anderen technisch zweckmäßigen Verfahren, einschließlich geprüfter Berechnungsmethoden, zu überprüfen. Die relevanten Schwermetalle sind für jede



Industriequelle mindestens einmal alle drei Jahre zu messen. Dabei sind die Leitfäden über die Methoden für Messungen und Berechnungen zu berücksichtigen, die von den Vertragsparteien auf der Tagung des Exekutivorgans angenommen wurden. Bei kontinuierlichen Messungen gelten die Grenzwerte als eingehalten, wenn der validierte Durchschnittswert der monatlichen Emissionen den EGW nicht überschreitet. Bei diskontinuierlichen Messungen oder anderen geeigneten Bestimmungs- oder Berechnungsverfahren gelten die EGW als eingehalten, wenn der anhand einer angemessenen Anzahl Messungen unter repräsentativen Bedingungen ermittelte Mittelwert den Wert der Emissionsnorm nicht überschreitet. Die Ungenauigkeit der Messverfahren kann für die Zwecke der Überprüfung berücksichtigt werden. Eine indirekte Schadstoffüberwachung anhand von Summenparametern/kumulativen Parametern (z. B. Staub als Summenparameter für Schwermetalle) ist ebenfalls möglich. In bestimmten Fällen kann eine bestimmte Technik der Emissionskontrolle gewährleisten, dass ein Wert/Grenzwert eingehalten oder erfüllt wird.

7. Die Überwachung der relevanten Schadstoffe und die Messungen von Prozessparametern sowie die Qualitätssicherung von automatisierten Messsystemen und die Referenzmessungen zur Kalibrierung dieser Systeme erfolgen nach den CEN-Normen. Stehen CEN-Normen nicht zur Verfügung, so werden ISO-Normen, nationale Normen oder andere internationale Normen zugrunde gelegt, die gewährleisten, dass Daten von gleichwertiger wissenschaftlicher Qualität erhoben werden.

#### **Feuerungsanlagen (Kessel und Prozessfeuerungen) mit einer berechneten Feuerungswärmeleistung von über 50 MWth<sup>2</sup> (Anhang II Kategorie 1)**

8. Grenzwerte für Staubmissionen aus der Verbrennung anderer fester und flüssiger Brennstoffe als Biomasse und Torf:<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Die Feuerungswärmeleistung der Feuerungsanlage wird als die Summe der Wärmeleistungen aller Einheiten berechnet, die an einen gemeinsamen Schornstein angeschlossen sind. Einzelne Anlagen unter 15 MWth bleiben bei der Berechnung der Gesamtfeuerungswärmeleistung unberücksichtigt.

<sup>3</sup> Insbesondere gelten die EGW nicht für:

- Anlagen, die als einzige Brennstoffquelle Biomasse und Torf verwenden und in denen die Verbrennungsprodukte unmittelbar zum Erwärmen, zum Trocknen oder zu einer anderweitigen Behandlung von Gegenständen oder Materialien verwendet werden;
- Nachverbrennungsanlagen, die dafür ausgelegt sind, die Abgase durch Verbrennung zu reinigen, und die nicht als unabhängige Feuerungsanlagen betrieben werden;
- Anlagen zum Regenerieren von Katalysatoren für katalytisches Cracken;
- Anlagen für die Umwandlung von Schwefelwasserstoff in Schwefel;
- in der chemischen Industrie verwendete Reaktoren;
- Koksofenunterfeuerung;
- Winderhitzer (Cowper);
- Ablaugekessel in Anlagen für die Zellstoffherzeugung;
- Abfallverbrennungsöfen und
- Anlagen, die von Diesel-, Benzin- oder Gasmotoren oder von Gasturbinen angetrieben werden, unabhängig vom verwendeten Brennstoff.

Tabelle 1

<i>Brennstoffart</i>	<i>Feuerungswärmeleistung (MW<sub>th</sub>)</i>	<i>EGW für Staub (mg/m<sup>3</sup>)<sup>a</sup></i>
Feste Brennstoffe	50–100	Neue Anlagen: 20 (Steinkohle, Braunkohle und andere feste Brennstoffe)  Bestehende Anlagen: 30 (Steinkohle, Braunkohle und andere feste Brennstoffe)
	100–300	Neue Anlagen: 20 (Steinkohle, Braunkohle und andere feste Brennstoffe)  Bestehende Anlagen: 25 (Steinkohle, Braunkohle und andere feste Brennstoffe)
	>300	Neue Anlagen: 10 (Steinkohle, Braunkohle und andere feste Brennstoffe)  Bestehende Anlagen: 20 (Steinkohle, Braunkohle und andere feste Brennstoffe)
Flüssige Brennstoffe	50–100	Neue Anlagen: 20  Bestehende Anlagen: 30 (allgemein) 50 (bei Verfeuerung von Destillations- oder Konversionsrückständen aus der Rohölraffinierung für den Eigenverbrauch in Feuerungsanlagen)
	100–300	Neue Anlagen: 20  Bestehende Anlagen: 25 (allgemein) 50 (bei Verfeuerung von Destillations- oder Konversionsrückständen aus der Rohölraffinierung für den Eigenverbrauch in Feuerungsanlagen)
	>300	Neue Anlagen: 10  Bestehende Anlagen: 20 (allgemein) 50 (bei Verfeuerung von Destillations- oder Konversionsrückständen aus der Rohölraffinierung für den Eigenverbrauch in Feuerungsanlagen)

<sup>a</sup> Grenzwerte bezogen auf einen Sauerstoffgehalt von 6 % (feste Brennstoffe) und von 3 % (flüssige Brennstoffe).

9. Sondervorschriften für Feuerungsanlagen gemäß Nummer 8:

a) Eine Vertragspartei kann in folgenden Fällen von der Verpflichtung zur Einhaltung der Emissionsgrenzwerte gemäß Nummer 8 abweichen:

i) im Falle von Feuerungsanlagen, die normalerweise mit gasförmigen Brennstoffen betrieben werden, aber aufgrund einer plötzlichen Unterbrechung der Gasversorgung ausnahmsweise auf andere Brennstoffe ausweichen müssen und aus diesem Grund mit einer Abgasreinigungsanlage ausgestattet werden müssten;

ii) im Falle bestehender Feuerungsanlagen, die im Zeitraum vom 1. Januar 2016 bis spätestens 31. Dezember 2023 nicht mehr als 17 500 Betriebsstunden in Betrieb sind;

b) wird eine Feuerungsanlage um mindestens 50 MW<sub>th</sub> erweitert, so findet der EGW für neue Anlagen gemäß Nummer 8 auf den erweiterten Teil der Anlage Anwendung. Der EGW wird als gewogener Durchschnitt der tatsächlichen Wärmeleistung des bestehenden und des neuen Teils der Anlage berechnet;

c) die Vertragsparteien tragen dafür Sorge, dass für den Fall einer Betriebsstörung oder des Ausfalls der Abgasreinigungsanlage Vorkehrungen getroffen werden;

d) im Falle von Mehrstofffeuerungsanlagen, die gleichzeitig mit zwei oder mehr Brennstoffen beschickt werden, wird der EGW auf der Grundlage der Wärmeleistung der einzelnen Brennstoffe als gewogener Durchschnitt der EGW der jeweiligen Brennstoffe bestimmt.

### **Primär- und Sekundäranlagen für die Erzeugung von Eisen und Stahl (Anhang II Kategorien 2 und 3)**

10. Grenzwerte für Staubemissionen:

Tabelle 2

<i>Tätigkeit</i>	<i>EGW für Staub (mg/m<sup>3</sup>)</i>
Sinteranlage	50
Pelletieranlage	20 für Zerkleinern, Mahlen und Trocknen 15 für alle anderen Verfahrensschritte
Hochofen: Winderhitzer	10
Stahlerzeugung und Gießen nach dem Sauerstoffaufblasverfahren	30
Stahlerzeugung und Gießen nach dem Elektrolichtbogenverfahren	15 (bestehende Anlagen) 5 (neue Anlagen)

## Eisengießereien (Anhang II Kategorie 4)

11. Grenzwerte für Staubemissionen aus Eisengießereien:

Tabelle 3

<i>Tätigkeit</i>	<i>EGW für Staub (mg/m<sup>3</sup>)</i>
Eisengießereien: sämtliche Ofentypen (Kupolöfen, Induktionsöfen, Drehrohröfen); alle Gussformen (Einwegformen, Dauerformen)	20
Warmwalzen	20 50, wenn Gewebefilter aufgrund eines hohen Feuchtegehalts im Abgas nicht eingesetzt werden können

## Anlagen zur Erzeugung und Verarbeitung von Kupfer, Zink und Ferro-Silizium-Manganlegierungen, einschließlich Imperial-Smelting-Öfen (Anhang II Kategorien 5 und 6)

12. Grenzwert für Staubemissionen für die Erzeugung und Verarbeitung von Kupfer, Zink und Eisen-Silizium-Manganlegierungen:

Tabelle 4

	<i>EGW für Staub (mg/m<sup>3</sup>)</i>
Herstellung und Verarbeitung von Nichteisenmetallen	20

## Herstellung und Verarbeitung von Blei (Anhang II Kategorien 5 und 6)

13. Grenzwerte für Staubemissionen aus der Herstellung und Verarbeitung von Blei

Tabelle 5

	<i>EGW für Staub (mg/m<sup>3</sup>)</i>
Herstellung und Verarbeitung von Blei	5

### Zementindustrie (Anhang II Kategorie 7)

14. Grenzwerte für Staubemissionen aus der Zementherstellung:

Tabelle 6

	<i>EGW für Staub (mg/m<sup>3</sup>)<sup>a</sup></i>
Zementwerke, Brennöfen, Zementmühlen und Klinkerkühler	20
Zementwerke, Brennöfen, Zementmühlen und Klinkerkühler, die Abfälle mitverbrennen	20

<sup>a</sup> Grenzwerte bezogen auf einen Sauerstoffgehalt von 10 %.

### Glasindustrie (Anhang II Kategorie 8)

15. Grenzwerte für Staubemissionen aus der Glasherstellung:

Tabelle 7

	<i>EGW für Staub (mg/m<sup>3</sup>)<sup>a</sup></i>
Neue Anlagen	20
Bestehende Anlagen	30

<sup>a</sup> Grenzwerte bezogen auf einen Sauerstoffgehalt von 8 % (kontinuierliches Schmelzen) und von 13 % (diskontinuierliches Schmelzen).

16. Grenzwerte für Staubemissionen aus der Glasherstellung: 5 mg/m<sup>3</sup>

### Chloralkali-Industrie (Anhang II Kategorie 9)

17. Bestehende Chloralkali-Anlagen, die eine Quecksilberzelltechnik anwenden, müssen bis zum 31. Dezember 2020 auf quecksilberfreie Technologien umstellen oder schließen; bis zur Umstellung gilt für den Quecksilberausstoß einer Anlage in die Luft ein Grenzwert von 1 g je Mg<sup>4</sup> produziertes Chlor.

18. Neue Chloralkali-Anlagen müssen quecksilberfrei betrieben werden.

<sup>4</sup> 1 Mg = 1 Tonne.

## Abfallverbrennung (Anhang II Kategorien 10 und 11)

19. Grenzwert für Staubemissionen aus der Abfallverbrennung:

Tabelle 8

---

<i>EGW für Staub (mg/m<sup>3</sup>)<sup>a</sup></i>	
Verbrennung von Siedlungsabfällen und nicht gefährlichen, gefährlichen und medizinischen Abfällen	10

---

<sup>a</sup> Grenzwerte bezogen auf einen Sauerstoffgehalt von 11 %.

20. Grenzwert für Quecksilberemissionen aus der Abfallverbrennung: 0,05 mg/m<sup>3</sup>.

21. Grenzwert für Quecksilberemissionen für die Mitverbrennung von Abfällen der Quellenkategorien 1 und 7: 0,05 mg/m<sup>3</sup>.

### B. Vereinigte Staaten von Amerika

22. Die Grenzwerte zur Begrenzung der Emissionen partikelförmiger Stoffe und/oder bestimmter Schwermetalle aus ortsfesten Quellen der folgenden Quellenkategorien, und die Quellen, für die sie gelten, sind in folgenden Dokumenten festgelegt:

- a) Stahlwerke: Elektrolichtbogenöfen— 40 C.F.R. Teil 60, Unterabschnitte AA und AAa;
- b) Kleine kommunale Abfallverbrennungsanlagen — 40 C.F.R. Teil 60, Unterabschnitt AAAA;
- c) Glasherstellung — 40 C.F.R. Teil 60, Unterabschnitt CC;
- d) Dampferzeuger in E-Werken - 40 C.F.R., Teil 60 Unterabschnitte D und Da;
- e) Anlagen zur Dampferzeugung in Industrie, Gewerbe, Institutionen - 40 C.F.R., Teil 60, Unterabschnitte Db und Dc;
- f) Kommunale Abfallverbrennungsanlagen — 40 C.F.R. Teil 60, Unterabschnitte E, Ea und Eb;
- g) Verbrennungsanlagen für Krankenhausabfälle/medizinische Abfälle und infektiöse Abfälle — 40 C.F.R. Teil 60 Unterabschnitt Ec;
- h) Portland-Zement — 40 C.F.R. Teil 60, Unterabschnitt F;
- i) Sekundäre Bleischmelzen— 40 C.F.R. Teil 60, Unterabschnitt L;
- j) Sauerstoffblaskonverter— 40 C.F.R. Teil 60, Unterabschnitt N;
- k) Sauerstoffblaskonverter und dazugehörige Anlagen (nach dem 20. Januar 1983) — 40 C.F.R. Teil 60, Unterabschnitt Na;
- l) Primäre Kupferschmelzen— 40 C.F.R. Teil 60, Unterabschnitt P;
- m) Primäre Zinkschmelzen— 40 C.F.R. Teil 60, Unterabschnitt Q;
- n) Primäre Bleischmelzen— 40 C.F.R. Teil 60, Unterabschnitt R;
- o) Eisenlegierungsanlagen— 40 C.F.R. Teil 60, Unterabschnitt Z;

- p) Andere Einheiten für die Verbrennung fester Abfälle (nach dem 9. Dezember 2004) — 40 C.F.R. Teil 60, Unterabschnitt EEEE;
- q) Sekundäre Bleischmelzen— 40 C.F.R. Teil 63, Unterabschnitt X;
- r) Verbrennungsanlagen für gefährliche Abfälle— 40 C.F.R. Teil 63, Unterabschnitt EEE;
- s) Herstellung von Portland-Zement — 40 C.F.R. Teil 63, Unterabschnitt LLL;
- t) Primärkupfer— 40 C.F.R. Teil 63, Unterabschnitt QQQ;
- u) Primäres Bleischmelzen— 40 C.F.R. Teil 63, Unterabschnitt TTT;
- v) Eisen- und Stahlgießereien— 40 C.F.R. Teil 63, Unterabschnitt EEEEE;
- w) Integrierte Eisen- und Stahlherstellung— 40 C.F.R. Teil 63, Unterabschnitt FFFFF;
- x) Elektrostahlwerke— 40 C.F.R. Teil 63, Unterabschnitt YYYYY;
- y) Eisen- und Stahlgießereien— 40 C.F.R. Teil 63, Unterabschnitt ZZZZ;
- z) Primärkupferschmelzen - diffuse Quellen— 40 C.F.R. Teil 63, Unterabschnitt EEEEE;
- aa) Sekundärkupferschmelzen - diffuse Quellen— 40 C.F.R. Teil 63, Unterabschnitt EEEEE;
- bb) Primäre Nichteisenmetalle - Diffuse Quellen: Zink, Kadmium und Beryllium — 40 C.F.R. Beryllium GGGGG;
- cc) Glasherstellung (diffuse Quellen) — 40 C.F.R. Teil 63, Unterabschnitt SSSSS;
- dd) Schmelzen sekundäre Nichteisenmetalle (diffuse Quellen)— 40 C.F.R. Teil 63, Unterabschnitt TTTTT;
- ee) Herstellung von Eisenlegierungen (diffuse Quellen) — 40 C.F.R. Teil 63, Unterabschnitt YYYYY;
- ff) Schmelzen Aluminium-, Kupfer- und Nichteisenmetalle (diffuse Quellen)— 40 C.F.R. Teil 63, Unterabschnitt ZZZZZ;
- gg) Leistungsnormen für Kohleaufbereitungs- und -verarbeitungsanlagen— 40 C.F.R. Teil 60, Unterabschnitt Y;
- hh) Erhitzer für Industrie, Gewerbe, Institutionen und Prozesse— 40 C.F.R. Teil 63, Unterabschnitt DDDDD;
- ii) Kessel für Industrie, Gewerbe und Institutionen (diffuse Quellen) — 40 C.F.R. Teil 63, Unterabschnitt JJJJJ;
- jj) Quecksilberzell-Chloralkalialanlagen— 40 C.F.R. Teil 63, Unterabschnitt IIII;

und

kk) Leistungsnormen für gewerbliche und industrielle Einheiten zur Verbrennung fester Abfälle, mit deren Bau nach dem 30. November 1999 bzw. mit deren Umbau oder Neubau am oder nach dem 1. Juni 2001 begonnen wurde — 40 C.F.R. Teil 60, Unterabschnitt CCCC.“

## **I) Anhang VI**

27. Unter Nummer 1

- a) werden die Worte „Sofern in diesem Anhang nichts anderes festgelegt ist und spätestens“ gestrichen und durch die Worte „Spätestens am Tag des Inkrafttretens“ ersetzt;
- b) werden die Worte „sechs Monaten nach dem Inkrafttreten“ gestrichen;
- c) werden nach dem Wort „Protokolls“ die Worte „für eine Vertragspartei“ eingefügt.

28. Nummer 3 wird gestrichen.

29. Unter Nummer 4 werden die Worte „Eine Vertragspartei ist berechtigt“ durch die Worte „Unbeschadet von Nummer 1 ist eine Vertragspartei berechtigt“ ersetzt.

30. Unter Nummer 5 erhält der einleitende Satz vor Buchstabe a folgende Fassung:

„Jede Vertragspartei erreicht spätestens am Tag des Inkrafttretens dieses Protokolls für die Vertragspartei Konzentrationen, die die folgenden Werte nicht überschreiten:“.